Geschäftszeichen IV/50	Datum 04.11.2022	Vorlage-Nr. XIX-0204/2022/3
----------------------------------	----------------------------	---------------------------------------

Beratungsfolge	Sitzung	Sitzung am	Zuständigkeit
Ausschuss für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit	öffentlich	22.11.2022	Kenntnisnahme

<p>Betreff</p> <p>Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2023 - Teilhaushalt Arbeit u. Soziales (50)</p>
<p>Beschlussvorschlag:</p> <p>Von den ergänzenden Erläuterungen des Teilhaushaltes 50 für das Haushaltsjahr 2023 wird Kenntnis genommen.</p>

Aufwand/Auszahlung i. €	Produktkonto	☐ Ergebnishaushalt ☐ Finanzhaushalt	Haushaltsjahr/e
Mittel stehen	☐ zur Verfügung	☐ nicht zur Verfügung	☐ nur bereit i. H. v. Euro
Deckungsvorschlag	☐ Mehrerträge/-einzahlungen bei	☐ Minderaufwendungen/-auszahlungen bei	

Diese Maßnahme hat Auswirkungen auf die Erreichung folgender Oberziele:			
Präambel	Konsolidierung der Kreis- und Gemeindefinanzen	☐ unterstützt	☐ behindert
	Bürgerfreundlichkeit der Kreisverwaltung	☐ unterstützt	☐ behindert
Oberziel 1	Gesellschaftlicher Zusammenhalt	☐ unterstützt	☐ behindert
Oberziel 2	Bildung und Kultur	☐ unterstützt	☐ behindert
Oberziel 3	Arbeit und Wirtschaft	☐ unterstützt	☐ behindert
Oberziel 4	Umwelt- und Klimaschutz	☐ unterstützt	☐ behindert
Oberziel 5	Mobilität und Infrastruktur	☐ unterstützt	☐ behindert

5 **Begründung:**

Die Planungen für das Jahr 2023 bzw. die Prognosen gestalten sich äußerst schwierig, da zum einen die Lage in der Ukraine, die Energiekrise mit den stark gestiegenen Kosten und die endgültig ausstehenden rechtlichen Regelungen zum Bürgergeld und zum Wohngeld, um nur die Wesentlichsten zu nennen, die finanziellen Auswirkungen stark beeinflussen.

10 Hinzu kommt, dass die derzeitigen prognostizierten Steigerungen durch neue politische Entscheidungen abgefedert werden, wie z.B. die Einführung eines möglichen Gaspreisdeckels. Das wiederum wird das Haushaltsdefizit vermindern.

15 Aber auch die Erwartung, dass leistungsberechtigte Personen aus dem Rechtskreis des SGB II in das Wohngeldrecht abwandern, ist nicht zu prognostizieren. Tatsächlich ist zum jetzigen Zeitpunkt (Oktober 2022) eine genauere Planung nicht möglich. Selbst die zu erwartenden Millionenbeträge, die der Bund zur Abfederung der Mehraufwendungen für die ukrainischen Flüchtlinge verspricht, sind zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung nicht konkret zu beziffern.

20 Ergänzend zum Haushaltsplanentwurf 2023 werden für den Teilhaushalt 50 die Leistungen der wesentlichen Produktgruppen, die Planungsgrundlagen und die wesentlichen Änderungen, die sich gegenüber dem Vorjahr ergeben, dargestellt.

25 Der Teilhaushalt 50 umfasst folgende Produktgruppen:

- Produktgruppe 311 – Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII
- Produktgruppe 312 – Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II
- Produktgruppe 313 – Leistungen nach dem AsylbLG
- 30 - Produktgruppe 314 – Eingliederungshilfe nach dem SGB IX
- Produktgruppe 315 – Förderung nach dem NPflegeG
- Produktgruppe 321 – Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz
- Produktgruppe 344 – Hilfen für Heimkehrer und politische Häftlinge
- Produktgruppe 345 – Landesblindengeld
- 35 - Produktgruppe 346 – Wohngeld
- Produktgruppe 347 – Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz
- Produktgruppe 351 – Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

40 Aufgrund ihrer finanziellen Bedeutung stellen die Produktgruppen 311, 312 und 314 wesentliche Produktgruppen des Teilhaushalts 50 dar.

Im Jahresergebnis 2023 wird mit einem Fehlbetrag von insgesamt 25.830.200 € (ohne interne Leistungsverrechnung) gerechnet.

45

I. Produktgruppe 311 - Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII

50

Für die Produktgruppe 311 „Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII“ ergibt sich ein Fehlbetrag von 3.508.800 €, der aus 22.910.800 € Erträgen und 26.419.600 € Aufwendungen resultiert.

55 Seit dem Jahr 2014 werden die Aufwendungen im Bereich der Grundsicherung nach dem 4. Kapitel SGB XII zu 100 % vom Bund erstattet. Die Erträge werden in gleicher Summe wie die Aufwendungen geplant.

60 Neben den Grundsicherungsleistungen sind in dieser Produktgruppe u. a. auch die Aufwendungen für die Hilfe zur Pflege und die Verwaltung der Sozialhilfe abgebildet.

Ursache für den erheblichen Anstieg der Aufwendungen ist die Erhöhung der Regelsätze (analog Bürgergeld im SGB II) sowie die erhebliche Steigerung der Heizkosten im Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt und der Grundsicherung. Hinzu kommt, dass einige ukrainische Flüchtlinge im Rechtskreis des SGB XII hinzugekommen sind und verbleiben, so dass sich die Anzahl der Leistungsberechtigten insgesamt erhöht.

Auch im Bereich der Hilfe zur Pflege, insbesondere im stationären Bereich ist mit steigenden Kosten und damit verbunden mit einer höheren Anzahl der Leistungsberechtigten zu rechnen.

Seit dem 01.09.2022 greift die Tariftreuregelung nach dem GVWG (Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung), die eine deutlich höhere Entlohnung der Pflegekräfte bedingt. Neben den steigenden Personalkosten werden auch hohe Energiekosten und Lebensmittelpreise seitens der Pflegeheime geltend gemacht, so dass die meisten Einrichtungen zu neuen Pflegesatzverhandlungen aufgerufen haben. Dies führt zu steigenden Pflegeaufwendungen, die wiederum mangels ausreichender Finanzierung durch die Pflegeversicherung zu einem Anstieg der leistungsberechtigten Personen und damit letztendlich zu steigenden Aufwendungen im Bereich der Hilfe zur Pflege führen.

II. Produktgruppe 312 - Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II

In der Produktgruppe 312 „Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II“ werden Aufwendungen in Höhe von 28.083.500 € und Erträge in Höhe von 17.777.300 € eingeplant, so dass sich ein Fehlbetrag in Höhe von 10.306.200 € ergibt.

Von den oben genannten Aufwendungen entfallen auf die Leistungen für Unterkunft und Heizung 23.100.000 € (Vorjahr: 16.500.000 €). Die Kostenentwicklung wird hauptsächlich durch die Faktoren Erhöhung des Regelsatzes im Rahmen des Bürgergeldes, den steigenden Energiekosten und dem Konflikt in der Ukraine beeinflusst. Dieses wird voraussichtlich zu steigenden Fallzahlen und zu höheren Aufwendungen führen.

Zum derzeitigen Zeitpunkt ist nicht zu ermitteln, inwieweit es aufgrund der vorhersehbaren Wohngeldreform zu Verschiebungen des leistungsberechtigten Personenkreises vom SGB II zum Wohngeld geben wird. Ggf. führt diese Verschiebung wiederum zu geringeren Fallzahlen und Aufwendungen im Jobcenter.

III. Produktgruppe 314 - Eingliederungshilfe nach dem SGB IX

Mit Wirkung vom 01.01.2020 trat die Dritte Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) in Kraft. Die Eingliederungshilfavorschriften wurden vom SGB XII in das SGB IX, Teil 2, übernommen. Seitdem wird die Eingliederungshilfe in der neu eingerichteten Produktgruppe 314 abgebildet.

In diesem Produktbereich werden im Haushaltsjahr 2023 Gesamtaufwendungen i. H. v. 44.688.400 € und Erträge i. H. v. 33.038.100 € erwartet, so dass sich ein Fehlbetrag von 11.650.300 € ergibt. Ursache dafür sind u.a. eine Zunahme der leistungsberechtigten Personen, sowie steigende Personalkosten der Leistungserbringer. Hinzu kommt eine geringere Beteiligung des Landes an den Aufwendungen für Kinder und Jugendliche.

120 Das Nds. Gesetz zur Ausführung des Neunten und des Zwölften Buchs des
Sozialgesetzbuchs (Nds. AG SGB IX/XII) regelt die sachliche Zuständigkeit und die
finanzielle Beteiligung des Landes Niedersachsen an den Aufwendungen. Die örtlichen
Träger und der überörtliche Träger der Eingliederungshilfe und der Sozialhilfe beteiligen
sich gegenseitig an ihren Aufwendungen. Der Landkreis Wolfenbüttel als örtlicher Träger
ist grundsätzlich sachlich zuständig für leistungsberechtigte Personen unter 18 Jahre. Das
125 Land Niedersachsen als überörtlicher Träger ist grundsätzlich sachlich zuständig für
Personen ab dem 18. Lebensjahr.

In den Jahren 2020 und 2021 beteiligte sich der örtliche Träger an den
Nettoaufwendungen des überörtlichen Trägers mit jeweils 20 %. Ab dem 01.01.2022 und
den darauffolgenden Jahren hat sich der örtliche Träger nur noch mit 10 % zu beteiligen.

130 Die Beteiligung des überörtlichen Trägers an den Aufwendungen des örtlichen Trägers ist
für die Jahre 2020 und 2021 auf 69,7 % festgeschrieben worden.

135 Ab dem Jahr 2022 soll das Fachministerium sowohl die Höhe als auch die Geltungsdauer
der Beteiligung im Voraus durch Verordnung festlegen. Eine endgültige Verordnung steht
noch aus (Stand Oktober 2022). Das Sozialministerium hatte für das Jahr 2022 eine
prospektive Landesquote von nur noch 33,3 % errechnet.

140 Für das Jahr 2023 wurde der Anteil der Beteiligung zwar auf 33,6 % berechnet, allerdings
um einen Korrekturwert von 2,4 % vermindert, so dass die Beteiligung für 2023
voraussichtlich nur noch 31,2 % beträgt.

145 Im Ergebnis sollen sich die voraussichtlich finanziellen Auswirkungen der
Beteiligungsquote der örtlichen Träger und die Höhe der festzulegenden Beteiligung des
überörtlichen Trägers möglichst ausgleichen.

150 **Freiwillige Förderungen bzw. Zuschüsse:**

Seit Jahren werden die Träger der freien Wohlfahrtspflege sowie andere Institutionen u.a. für
ihre Beratungstätigkeit durch den Landkreis Wolfenbüttel finanziell unterstützt.

155 Aufgrund des Kreistagsbeschlusses vom 11.01.2016, Vorlage XVII-0652/2015, erfolgt jährlich
eine pauschale Erhöhung um 2 % auf den ausgezahlten Betrag des Vorjahres. Insofern gibt
es regelmäßig Abweichungen zwischen dem Betrag im Antrag und dem im Haushalt
eingestellten Betrag.

160 In begründeten Einzelfällen wird von der 2 %-Regelung abgewichen und ggf. ein höherer
Zuschuss –wie beantragt- gewährt. Dies erfolgt insbesondere in den Fällen, in denen
bestimmte Personalkosten bezuschusst werden

165 Da es sich um freiwillige Mittel des Landkreises handelt, müssen diese jedes Jahr erneut
beantragt und auf das notwendige Maß beschränkt werden. Eine Aufstellung über die
freiwilligen Zuwendungen bzw. Zuschüsse ist als Anlage beigefügt.

170 Zu nachfolgenden Zuschussempfängern bzw. Zuschüssen werden noch folgende ergänzende
Ausführungen gemacht:

175

Pflegeeinführungskurs:

180 Gem. Kreistagsbeschluss vom 07.02.2022 (Vorlage XIX-0066/2021/1) wurden für das Jahr 2022 für die Einrichtung einer kostenlosen Pflegegrundqualifizierung Mittel in Höhe von 20.000,00 € in den Haushalt eingestellt.

Die Grotjahn-Stiftung Schladen hat mit der Deutschen Angestellten Akademie diesen Kurs in den Räumen der Stiftung organisiert.

185 Der erste Kurs hat erst im Oktober 2022 begonnen, so dass die Mittel im Jahr 2022 nicht verbraucht wurden. Ein Kurs verursacht Kosten in Höhe von ca. 3.600,00 €. Es ist beabsichtigt, noch weitere Kurse stattfinden zu lassen, so dass im Haushalt 2023 vorsorglich dafür erneut ein Betrag in Höhe von 16.000,00 € eingestellt wurde.

190

Nds. Institut für die Gesellschaft Gehörloser und Gebärdensprache e.V. (NIGGGs):

195 Es handelt sich um eine Bezuschussung für die ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) durch diesen Verein. Der Verein hat mitgeteilt, dass der Antrag auf die Weiterführung der EUTB ab 01.01.2023 seitens des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales am 29.08.2022 abgelehnt wurde. Gegen diese Entscheidung hat der Verein Widerspruch eingelegt.

200

Der Landkreis hat den Verein mit positiver Stellungnahme unterstützt. Eine endgültige Entscheidung über den Widerspruch ist noch nicht ergangen. Aus dem Grund wurde vorsorglich auch für das Jahr 2023 der Zuschuss in der bisherigen Höhe in den Haushalt eingestellt.

205

Projekt „SegensReich -sozialer Begegnungsort im Zentrum von Schöppenstedt 2022“

210 Die Diakonie im Braunschweiger Land gGmbH hat am 01.09.2022 in Schöppenstedt ein Projekt unter dem o.g. Namen gestartet. Für das Projekt werden von der Landesarbeitsgemeinschaft –Soziale Brennpunkte –die Personalkosten im Jahr 2023 zu 89 % übernommen. Der Eigenanteil (11 %) beläuft sich auf ca. 8.000,00 €. Diesen notwendigen Eigenanteil kann die Diakonie allein nicht aufbringen. Aus dem Grund wurde beim Landkreis
215 ein Antrag auf Übernahme des anteiligen Eigenanteils in Höhe von 2.000,00 € gestellt. Die Kirchengemeinde vor Ort sowie die Samtgemeinde Schöppenstedt beteiligen sich in gleicher Höhe.

220 Dieses Projekt kann nur positiv unterstützt werden. Das soziale Miteinander und die reale Begegnung von Menschen soll aktiv gefördert und unterstützt werden. Seit 01.09.2020 ist in Schöppenstedt bereits eine Maßnahme der Jugendsozialarbeit seitens des Landkreises installiert. Durch das Projekt „SegensReich“ kann die Quartiersarbeit ergänzt werden. Bestehende Hilfsangebote können aufeinander abgestimmt werden und neue Angebote können entwickelt werden.

225

Die Kirchengemeinde hat sich entschieden, ihr Gemeindehaus dem Gemeinwesen bzw. dem Sozialraum zu öffnen. So gibt es künftig in dem Quartier nicht nur Unterstützung für Jugendliche, sondern auch für Senioren, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund, wohnungslose Menschen oder Menschen mit Suchtproblemen. Alle
230 sollen sich mit ihren Ideen für das Quartier im Zentrum einbringen können.

235 Das Projekt wird voraussichtlich für die Zeit vom 01.09.2022 bis 31.05.2027 gefördert.
Im Auftrag

240 Sylvia Bender

245 **Anlagen:**
Aufstellung über freiwillige Förderungen im Teilhaushalt 50